

423223-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Sanierung und Erweiterung Freizeithaus St. Mauritius

OJ S 136/2024 15/07/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Tholey

E-Mail: vergabe@tholey.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Sanierung und Erweiterung Freizeithaus St. Mauritius

Beschreibung: Gegenstand dieses Vergabeverfahrens sind sämtliche Planungs- und Überwachungsleistungen der Objektplanung Gebäude gemäß § 34 HOAI 2021, die erforderlich sind, um Sanierung, Umbau und Erweiterung des Freizeithauses St. Mauritius sowie die Ausstattung und die angrenzenden Außenanlagen zu planen und auszuführen. Nach der ersten Stufe dieses Vergabeverfahrens erhalten die Bieter, die zur Teilnahme am weiteren Verfahren aufgefordert werden, die Aufgabe, skizzenhafte Lösungsideen zur Umsetzung des Raumprogramms in ein zukunftsfähiges Konzept für Generalsanierung und Erweiterung des Freizeithauses St. Mauritius auf dem zur Verfügung stehenden Grundstück zu entwickeln. Eine Ortsbesichtigung ist verpflichtend. Wesentliche Gesichtspunkte des Nachhaltigen Planens und Bauens sollen berücksichtigt werden. Die Kriterien, nach denen die skizzenhaften Lösungsideen bewertet werden, können im Detail der Infobroschüre entnommen werden. Zur Erarbeitung von skizzenhaften Lösungsideen erhält jede(r) Bieter /Bietergemeinschaft eine Vergütung von 3.000 € netto nach Abschluss des Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb, sofern die geforderten skizzenhaften Lösungsideen fristgerecht vorgelegt wurden und den genannten Planungsparametern gerecht werden. Diese Vergütung wird für den Bieter, der den Zuschlag erhält, mit dem vertraglich vereinbarten Honorar verrechnet. Das beiliegende Raumprogramm stellt die Grundlage für die Planung der Sanierung und Erweiterung des Freizeithauses dar. Ein umwelttechnischer Bericht wurde für das Bestandsgebäude angefertigt. Es sind Schadstoffe festgestellt worden, die bei Umbau und Sanierung entsprechend beachtet werden müssen. In einer Vorabmaßnahme werden Teile des Freizeithauses rückgebaut. Das zweigeschossige Grundgebäude bleibt erhalten und wird umfangreich saniert. Bestandsunterlagen liegen der Ausschreibung bei. Dem Bestandsgebäude soll ein neuer Veranstaltungssaal angegliedert werden. Dieser soll wie auch das Bestandsgebäude über einen zentralen Eingang und ein Foyer erschlossen werden. In dem eingeschossigen Erweiterungsbau sollen auch die erforderlichen Technikflächen und Sanitärbereiche untergebracht werden. Der Veranstaltungssaal soll Platz für 200 Personen mit Bestuhlung an Tischreihen bieten, außerdem soll dieser mit einer fest installierten Bühne, welche eine Tiefe von 6-7 Metern aufweisen soll, ausgestattet sein. Bei der neu zu entwickelnden Gebäudekonzeption auf dem

Grundstück sind neben den baurechtlichen Randbedingungen die Freiflächengestaltung, die Hanglage (topografische Karte liegt bei), eine barrierefreie Erschließung, die Anlieferung und Entsorgung, die Rettungswegsituation, Feuerwehrzufahrt und -aufstellflächen sowie Parkflächen zu berücksichtigen. Eine fußläufige Verbindung zwischen den Straßen „Im Matzenecken“ und „Bergstraße“ soll weiterhin gewährleistet sein, wobei die Wegeführung in Abhängigkeit von der Gebäudekonzeption zu entwickeln sein wird. Im Jahr 2023 wurde eine Konzeptstudie (liegt bei) durchgeführt, diese ist als rein informativ zu betrachten, da die Studie auf einem in Teilen nicht mehr gültigen Raumprogramm basiert. Zudem wurde innerhalb der Studie davon ausgegangen, dass das Grundstück Bergstraße 2 in den Besitz der Gemeinde übergehen wird, was aber zwischenzeitlich auszuschließen ist. Die Konzeptstudie ersetzt nicht Leistungen oder Teilleistungen der Leistungsphasen gemäß § 34 HOAI 2021. Die Auftragserteilung erfolgt vorbehaltlich der Bereitstellung der entsprechenden Mittel im Haushalt der Gemeinde Tholey. Der Zuschlag erfolgt auf das Angebot, welches unter Berücksichtigung der Zuschlagskriterien gemäß Wertungsmatrix Stufe 2 zum Verhandlungsverfahren insgesamt die höchste Punktzahl erreicht. Der vorgesehene Planungsvertrag inkl. Anlagen ist den Ausschreibungsunterlagen zu entnehmen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Beauftragung auf einzelne Leistungsstufen, auf Teilleistungen einzelner Leistungsstufen oder auf einzelne Abschnitte der Baumaßnahme zu beschränken. Die Beauftragung der Leistungen der Objektplanung Gebäude wird stufenweise erfolgen: Leistungsstufe 1: Leistungsphasen 1, 2, 3; Leistungsstufe 2: Leistungsphasen 4; Leistungsstufe 3: Leistungsphasen 5, 6, 7, 8; Leistungsstufe 4: Leistungsphasen 9. Die in den einzelnen Leistungsstufen bzw. Leistungsphasen jeweils zu erbringenden Teilleistungen können der Anlage „Spezifische Leistungspflichten“ sowie dem Formular "Honorarangebot" entnommen werden, die Bestandteile der Ausschreibungsunterlagen sind. Zwischen den einzelnen Leistungsstufen können aufgrund von Prüfungen und erforderlichen Freigaben Pausen entstehen. Die Leistungsphasen 1 und 2 sind spätestens 3 Monate nach Auftragserteilung abzuschließen. Die Entwurfsplanung (Leistungsphase 3) samt Entwurfsunterlage Bau (EW-Bau) soll im Anschluss an die Freigabe der Vorplanung innerhalb von 3 Monaten abgeschlossen sein. Die Genehmigungsplanung (Leistungsphase 4) soll innerhalb eines Kalendermonats nach Fertigstellung der Entwurfsplanung abgeschlossen werden. Die weitere Terminschiene wird in Abstimmung zwischen Auftraggeber und Planungsteam zeitnah nach Beauftragung entwickelt. Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit Vertragsschluss mit der Erbringung der Leistungsstufe 1. Der Auftraggeber beabsichtigt, bei Fortsetzung der Planung und Ausführung der Baumaßnahme weitere Leistungen einzeln oder im Ganzen abzurufen. Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung weiterer Leistungsstufen besteht nicht. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Leistungen der weiteren Leistungsstufen zu erbringen, wenn der Auftraggeber sie ihm überträgt. Aus der stufenweisen Beauftragung kann der Auftragnehmer keine Erhöhung seines Honorars ableiten. Es ist beabsichtigt, die Bauleistungen im Rahmen von Einzelgewerken zu vergeben. Die Sicherheitsbestimmungen für Fremdfirmen sind zu berücksichtigen. Alle Informationen zu dem Vergabeverfahren und eine Übersicht über sämtliche Ausschreibungsunterlagen können der Infobroschüre entnommen werden.

Kennung des Verfahrens: b119fe7b-6ad5-4437-8cc6-72bdc9eb22be

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Im Matzenecken 1

Stadt: Tholey

Postleitzahl: 66636

Land, Gliederung (NUTS): St. Wendel (DEC06)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Zur Finanzierung der Gesamtmaßnahme wird auf verschiedene Förderprogramme zurückgegriffen: - für Teilprojekt 1 „Sanierung/Umbau des Bestandsgebäudes“: Der Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“. - für Teilprojekt 2 „Erweiterungsbau“ sowie Erschließung und Außenbereiche: Das Programm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen. Baukosten und Baunebenkosten sind für beide Teilprojekte jeweils getrennt zu ermitteln, zu verfolgen und festzustellen. Dies bedingt auch die Berücksichtigung dieser Kostenstruktur bei der Ausschreibung sämtlicher Bauleistungen. Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Verweis auf § 75 Abs. 2 in Verbindung mit § 44 Abs. 1 VgV. Nachunternehmer, Eignungsleihe: Die Leistungsteile, die durch einen Nachunternehmer erbracht werden sollen, sind zu benennen. Wenn der Nachunternehmer bereits feststeht, ist er zu benennen. Im Falle einer Eignungsleihe sind vom Eignungsleihenden auch alle geforderten Eigenerklärungen abzugeben. Gemäß § 47 VgV kann ein Bewerber oder Bieter im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden (Verpflichtungserklärung). Im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit oder die einschlägige berufliche Erfahrung kann er die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden. Mehrfachbewerbungen: Mehrfachbewerbungen für den zu vergebenden Auftrag Planungs- und Überwachungsleistungen der Objektplanung Gebäude sind nicht zulässig. Mehrfachbewerbungen im Rahmen der vorliegenden Ausschreibung einzelner Bewerber oder einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft können zum Ausschluss aller betroffenen Angebote führen, wenn dem Bewerber, der Bewerbergemeinschaft oder den betroffenen konkurrierenden Mitgliedsunternehmen oder Bewerbergemeinschaften der Nachweis, dass die fraglichen Angebote völlig unabhängig voneinander erstellt wurden, nicht gelingt. Bewerberfragen: Fragen der Bewerber sind ausschließlich über die Bieterkommunikation der Vergabepattform bis spätestens 02.08.2024, 10:00 Uhr einzureichen. Der Auftraggeber ist auch um die Beantwortung nicht rechtzeitig eingehender Fragen bemüht, kann deren Beantwortung allerdings nicht mehr zusichern. Abgabe der Teilnahmeanträge: Teilnahmeanträge (ausgefülltes Formblatt und alle dort genannten Anlagen) dürfen ausschließlich verschlüsselt und elektronisch in Textform gemäß § 126 b Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) über den Assistenten zur Einreichung von Teilnahmeanträgen der Vergabepattform subreport eingereicht werden. Teilnahmeanträge, die über die Bieterkommunikation der Vergabepattform, per E-Mail, schriftlich auf dem Postweg eingehen oder persönlich abgegeben werden, werden ausgeschlossen. Zunächst wird geprüft, ob die Teilnahmeanträge die Mindestanforderungen erfüllen und keine Ausschlussgründe vorliegen.

Unvollständige Teilnahmeanträge, die trotz eventueller Nachforderung innerhalb einer Frist weiterhin unvollständig bleiben, werden ausgeschlossen. Zu den Verhandlungsgesprächen werden die 3 bis 5 Bewerber mit den höchsten Punktzahlen (Wertungsmatrix Stufe 1) eingeladen. Bei gleicher Punktzahl entscheidet das Los. Der Auftraggeber behält sich vor, bei weniger als 3 geeigneten Bewerbern das Verfahren ggf. auch mit weniger als 3 Bewerbern /Bietern durchzuführen. Bieterfragen: Fragen der Bieter sind ausschließlich über die Vergabepattform bis zu einer mit Aufforderung zur Angebotsabgabe bekanntgegebenen Frist einzureichen. Der Auftraggeber ist auch um die Beantwortung nicht rechtzeitig eingehender Fragen bemüht, kann deren Beantwortung allerdings nicht zusichern. Der Ablauf innerhalb der Verfahrensstufe 2 ist im Detail der Infobroschüre zu entnehmen. Eine Ortsbesichtigung ist verpflichtend. Angebotsabgabe: Erst nach Aufforderung durch den Auftraggeber (Verfahrensstufe 2) reichen die ausgewählten Bieter ihre Lösungsideen, ihre Präsentationsunterlagen sowie ihr Honorarerstangebot (in Form des Formulars Honorarangebot) zur festgelegten Frist ausschließlich verschlüsselt und elektronisch in Textform gemäß § 126 b Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) über die Angebotsabgabe der Vergabepattform subreport ELVIS ein. Die Präsentationsunterlagen sind in Struktur, Inhalt und Präsentationsreihenfolge entsprechend der Wertungsmatrix Stufe 2 zum Verhandlungsverfahren aufzubauen. Unterlagen und Angebote, die über die Bieterkommunikation der Vergabepattform, per E-Mail, schriftlich auf dem Postweg eingehen oder persönlich abgegeben werden, werden ausgeschlossen. Für Teilnahmeanträge und Angebotsabgabe sind die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen und Formblätter zu verwenden und um die geforderten Angaben und Nachweise zu ergänzen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Die Ausschlusskriterien können im Einzelnen der Wertungsmatrix Stufe 1 entnommen werden. Dem Teilnahmeantrag kann entnommen werden, welche Nachweise und/oder Eigenerklärungen jeweils vom Einzelbewerber/Federführender der Bewerbungsgemeinschaft, weiteren Mitgliedern der Bewerbungsgemeinschaft, Nachunternehmern vorzulegen sind. Es wird auf folgende Regelungen der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) verwiesen: § 57 VgV Ausschluss von Teilnahmeanträgen und Angeboten: Von der Wertung ausgeschlossen werden Teilnahmeanträge von Unternehmen, die die Eignungskriterien zu den §§ 44, 45 und 46 VgV nicht erfüllen. Verweis auf 5.1.9 Eignungskriterien und dort genannte Mindestanforderungen. Von der Wertung ausgeschlossen werden Teilnahmeanträge und Angebote, die nicht den Erfordernissen des § 53 VgV genügen. § 6 VgV Vermeidung von Interessenskonflikten: Gefordert wird eine Eigenerklärung des Bewerbers bzw. der Bewerbungsgemeinschaft, dass keine Personen im Zuständigkeitsbereich des Bewerbers/der Bewerbungsgemeinschaft tätig sind, die zum Ausschluss von Personen nach § 6 VgV führen. § 36 VgV Unteraufträge: Im Falle von Unterauftragnehmern dürfen gegen diese/diesen keine Ausschlussgründe vorliegen. § 43 VgV Rechtsform von Unternehmen und Bietergemeinschaften: Gefordert wird eine Eigenerklärung der Bewerbungsgemeinschaft über die Aufteilung der Leistungen auf die Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft, über die gesamtschuldnerische Haftung und zur Rechtsform der Bewerbungsgemeinschaft sowie eine Vollmachtserklärung für den Federführenden (Formblatt 234) und eine Eigenerklärung des Bewerbers über eventuelle wirtschaftliche Verknüpfungen des Bewerbers/der Bewerbungsgemeinschaft mit Unternehmen und über eine eventuelle auftragsbezogene Zusammenarbeit mit Anderen. § 47 VgV Eignungslleihe: Im Falle der Eignungslleihe hat das eignungsverleihende Unternehmen mit

dem Teilnahmeantrag eine Verpflichtungserklärung zur Eignungsleihe sowie entsprechende Eignungsnachweise vorzulegen. Ein Bewerber oder Bieter kann im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden (Verpflichtungserklärung). Im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit oder die einschlägige berufliche Erfahrung kann er die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden. § 48 VgV Nichtvorliegen von Ausschlussgründen: Gefordert werden eine Eigenerklärung, dass die Ausschlussgründe nach § 123 GWB nicht vorliegen (bei Bewerbergemeinschaften jeweils für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft), eine Eigenerklärung, dass aktuell keine Steuerschulden bestehen (bei Bewerbergemeinschaften jeweils für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft), eine Eigenerklärung, dass die Ausschlussgründe nach § 124 GWB nicht vorliegen (bei Bewerbergemeinschaften jeweils für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft) und eine Eigenerklärung, ob eine Selbstreinigung nach § 125 GWB stattgefunden hat (bei Bewerbergemeinschaften jeweils für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft, auf welche die Selbstreinigung zutrifft). Gefordert wird eine Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und fairen Löhnen für die Vergabe von öffentlichen Bau-, Liefer-, und Dienstleistungsaufträgen nach dem Saarländisches Tariftreue- und Fairer-Lohn-Gesetz - STFLG (bei Bewerbergemeinschaften jeweils für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft). Gefordert wird eine Eigenerklärung zu den Sanktionen der EU gegen Russland nach Verordnung (EU) 2022/576 (bei Bewerbergemeinschaften jeweils für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft).

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Sanierung und Erweiterung Freizeithaus St. Mauritius

Beschreibung: Gegenstand dieses Vergabeverfahrens sind sämtliche Planungs- und Überwachungsleistungen der Objektplanung gemäß § 34 HOAI 2021, die erforderlich sind, um Sanierung, Umbau und Erweiterung des Freizeithauses St. Mauritius sowie die Ausstattung und die angrenzenden Außenanlagen zu planen und auszuführen. Verweis auf 2.1 Verfahren. Interne Kennung: E52936326

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Im Matzenecken 1

Stadt: Tholey

Postleitzahl: 66636

Land, Gliederung (NUTS): St. Wendel (DEC06)

Land: Deutschland

5.1.4. Verlängerung

Weitere Informationen zur Verlängerung: Dieser Auftrag kann verlängert werden in Abhängigkeit zum jeweils aktuellen Terminplan. Der Auftraggeber ist berechtigt, die Ausführung geänderter oder zusätzlicher Planungsleistungen zu verlangen, soweit diese der

Umsetzung des Bauvorhabens dienlich sind, es sei denn, der Auftragnehmer ist auf derartige Leistungen nicht eingerichtet.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: § 44 VgV Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Gefordert wird ein Fremdnachweis zur Berechtigung der Führung der Berufsbezeichnung "Architekt", ein Fremdnachweis zur Bauvorlageberechtigung und ein Nachweis der Eintragung in ein Berufs- und/oder Handelsregister oder ein vergleichbares Register (nicht älter als 6 Monate) jeweils von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: § 45 VgV Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (Teilnahmeanträge die eine oder mehrere Mindestanforderungen nicht erfüllen werden ausgeschlossen)

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Gefordert wird eine Eigenerklärung, dass im Auftragsfall eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 2.000.000,00 EUR je Schadensfall für Personenschäden plus 2.000.000,00 EUR je Schadensfall für sonstige Schäden, wobei die Deckungssummen pro Versicherungsjahr 2-fach maximiert zur Verfügung stehen, abgeschlossen wird oder eine solche Versicherung bereits ständig abgeschlossen ist. Vor Unterzeichnung des Vertrages ist eine entsprechende aktuelle Bestätigung des Haftpflichtversicherers vorzulegen. (Bei Bewerbergemeinschaften muss die Haftpflichtversicherung für die ARGE bzw. für ARGE-Leistungen vorgehalten werden.)

Gefordert wird eine formlose Bankerklärung als Fremdnachweis mit Bestätigung der Kundenverbindung, Angaben zur Kontoführung sowie Beurteilung der finanziellen Verhältnisse (nicht älter als 3 Monate; bei Bewerbergemeinschaften jeweils für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft). Gefordert wird ein Mindestumsatz von 350.000 € netto für Planungsleistungen gemäß Teil 3 HOAI 2021 "Objektplanung Gebäude", LP 1 - 9, pro Jahr in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: § 46 VgV Technische und berufliche Leistungsfähigkeit (Teilnahmeanträge die eine oder mehrere Mindestanforderungen nicht erfüllen werden ausgeschlossen)

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Gefordert wird bezüglich der personellen Kapazitäten: Mindestens 3 festangestellte Architekten und/oder Ingenieure einschließlich Büroinhaber im Bereich "Objektplanung Gebäude" in den 3 letzten abgeschlossenen Geschäftsjahren, je Geschäftsjahr. Außerdem muss der/die ProjektleiterIn über eine Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren in der Objektplanung Gebäude und über folgenden Berufsabschluss verfügen: Dipl.-Ing. TH/TU/FH oder Bachelor oder Master jeweils der Fachrichtung Architektur oder vergleichbar. Der/die stellvertretende ProjektleiterIn muss über eine Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren in der Objektplanung Gebäude und über folgenden Berufsabschluss verfügen: Dipl.-Ing. TH/TU/FH oder Bachelor oder Master jeweils der Fachrichtung Architektur oder vergleichbar. Die mit der Objektüberwachung betraute Person muss über eine Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren in der Objektüberwachung Gebäude (Leistungsphase 8 HOAI) und über einen der folgenden Berufsabschlüsse verfügen: Dipl.-Ing. TH/TU/FH oder Bachelor oder Master jeweils der Fachrichtung Architektur oder des Bauingenieurwesens oder vergleichbar. Gefordert wird eine Eigenerklärung über die technische Ausstattung (CAD-Software, AVA-Software, Baukostendatenbank, Software Terminplanung und -steuerung). Die Bewerber weisen ihre technische und berufliche Leistungsfähigkeit anhand der geforderten Referenzen nach. Inhaltlich vergleichbar sind Referenzen der Objektplanung Gebäude mit vergleichbarem Inhalt und Umfang in der Aufgabenstellung.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: § 46 VgV Technische und berufliche Leistungsfähigkeit - Mindestanforderungen an die Referenzen (Teilnahmeanträge die eine oder mehrere Mindestanforderungen nicht erfüllen werden ausgeschlossen)

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zwei vergleichbare Referenzprojekte Objektplanung Gebäude folgender Kategorie gemäß Anlage 10.2 HOAI: Gemeindezentrum, Bürgerzentrum, Jugendzentrum, Mehrzweckhalle (für kulturelle oder vergleichbare Zwecke), Veranstaltungsstätte. Es handelt sich um einen Neubau oder einen Neubau zur Erweiterung bestehender Gebäude. Die Bruttogrundfläche muss für jedes wertbare Referenzprojekt mindestens 400 m² betragen. Außerdem müssen für jedes wertbare Referenzprojekt die Baukosten der Kostengruppen 300 + 400 mindestens 1.500.000 Euro brutto betragen. Es werden 2 Referenzprojekte gewertet. Für jedes wertbare Referenzprojekt sind die Leistungen der Objektplanung Gebäude mindestens der Honorarzone III gemäß § 35 HOAI 2021 zuzuordnen. Für jedes wertbare Referenzprojekt werden jeweils mindestens die Leistungsphasen 2 bis 8 vom Bewerber vollständig bearbeitet. Der Beginn der Bearbeitung darf für jedes wertbare Referenzprojekt nicht vor dem 01.01.2015 liegen. Mit der Bauausführung muss jedes wertbare Referenzprojekt bis zum 30.06.2024 begonnen worden sein. Mindestens eines der zuvor beschriebenen, zu wertenden Referenzprojekte muss für einen öffentlichen Auftraggeber gemäß § 99 GWB oder gleichwertig unter Anwendung von GWB, VgV, VOB/A und VOB/B ausgeführt worden sein. Referenzen, welche die Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden nicht gewertet. Es sind 2 Referenzprojekte vorzulegen, welche jeweils die vorgenannten Mindestanforderungen erfüllen. Es werden zwei Referenzprojekte gewertet. Werden mehr Referenzprojekte vorgelegt, hat der Bewerber anzugeben, welche Referenzprojekte gewertet werden sollen. Werden weniger als zwei wertbare Referenzen eingereicht, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen. Die Angaben zu

den Referenzprojekten sind im Teilnahmeantrag einzutragen. Zusätzlich sind die Referenzprojekte jeweils auf einem beizufügenden Projektdatenblatt (1 Blatt DIN A3 oder 2 Blatt DIN A4) grafisch darzustellen und textlich zu erläutern. Die vorgelegten Referenzprojekte müssen im Unternehmen des/der Bewerber bearbeitet worden sein. Bei Bewerbergemeinschaften aus mehreren Unternehmen gelten die Angaben und die Referenzen in Summe für die Bewerbergemeinschaft. Die Eignungskriterien sowie deren Wichtung und Wertung können im Detail der Wertungsmatrix Stufe 1 Teilnahmewettbewerb (Anlage A09) entnommen werden. Die Eignung kann anhand der folgenden Kriterien nachgewiesen werden: - Fachkunde/Erfahrungen des Bewerbers mit vergleichbaren Leistungen in der Objektplanung Gebäude Zwei vergleichbare Referenzprojekte, die jedes für sich die zuvor genannten und der Wertungsmatrix Stufe 1 (Anlage A9) zu entnehmenden Mindestanforderungen erfüllen. Jedes Referenzprojekt, welches alle zuvor vorgenannten Mindestanforderungen erfüllt, erhält 180 Punkte. Das Referenzprojekt kann jedes für sich Zusatzpunkte erzielen, wenn es sich bei dem Referenzprojekt um ein Gemeindezentrum / Bürgerzentrum mit Saal ab 200 m² Nutzfläche handelt (10 Punkte), es ein Anschluss an ein Bestandsgebäude unter Miteinbeziehung in ein Raum- und Funktionsprogramm ist (5 Punkte) oder wenn das Projekt für einen öffentlichen Auftraggeber nach § 99 GWB oder gleichwertig bearbeitet wurde (5 Punkte). Jedes wertbare Referenzprojekt kann jeweils maximal 200 Punkte erzielen. Gemäß Wertungsmatrix Stufe 1 können für zwei Referenzprojekte, welche jedes für sich alle Mindestanforderungen erfüllen und alle Zusatzpunkte erreicht, insgesamt 400 Punkte erzielt werden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: 1. Projektorganisation, Koordination, Kommunikation, Präsenz vor Ort: 10% 2. Methodik, Herangehensweise an die Projektaufgabe: 20 % 3. Skizzenhafte Lösungsideen: 40 % 4. Qualität der Präsentation im Verhandlungsgespräch: 5 % 5. Honorar: 25 % Das Angebot mit dem niedrigsten Netto-Gesamtpreis (gemäß Formblatt Honorarangebot) erhält 10 Punkte. Ein Angebot mit einem höheren Netto-Gesamtpreis erhält einen prozentualen Punktabzug, welcher dem Prozentwert entspricht, um den der Netto-Gesamtangebotspreis über dem niedrigsten Netto-Gesamtangebotspreis liegt. Dabei wird die Punktzahl auf eine Nachkommastelle gerundet. Liegt der Netto-Gesamtpreis eines Angebotes beispielsweise 10 % über dem niedrigsten Netto-Gesamtangebotspreis, so erhält der Bieter $(100\% - 10\%) \times 10 = 9$ Punkte. Einzelheiten zur Wertung und Wichtung können der Wertungsmatrix Stufe 2 entnommen werden.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E52936326>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E52936326>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 13/08/2024 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 12 Wochen

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen ist gemäß § 56 Abs. 3 VgV ausgeschlossen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Eine Bewerbergemeinschaft hat die Aufgabenteilung plausibel darzulegen sowie die gesamtschuldnerische Haftung der einzelnen Mitglieder der Bewerbergemeinschaft nachzuweisen. Außerdem sind der bevollmächtigte Vertreter der Bewerbergemeinschaft sowie die Rechtsform der Bewerbergemeinschaft zu benennen. Sämtliche Belege, Nachweise und Anlagen zum Teilnahmeantrag sind jeweils von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft formgerecht vorzulegen.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammern des Saarlandes, Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie

Informationen über die Überprüfungsfristen: Vorgaben und Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen gemäß §160 Abs. 3 GWB. Der Antrag ist unzulässig soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Gemeinde Tholey
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:
Vergabekammern des Saarlandes, Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Gemeinde Tholey
Organisation, die Angebote bearbeitet: WPW GmbH
Beschaffungsdienstleister: WPW GmbH
TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Tholey
Registrierungsnummer: DE 06853 50 80
Postanschrift: Im Kloster 1
Stadt: Tholey
Postleitzahl: 66636
Land, Gliederung (NUTS): St. Wendel (DEC06)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabe@tholey.de
Telefon: +49 68 53 50 80
Internetadresse: <https://www.tholey.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: WPW GmbH
Registrierungsnummer: DE 205 941 976
Postanschrift: Hochstraße 61
Stadt: Saarbrücken
Postleitzahl: 66115
Land, Gliederung (NUTS): Regionalverband Saarbrücken (DEC01)
Land: Deutschland
E-Mail: s.schwarz@wpw.de
Telefon: +49 681 99 200
Internetadresse: <https://www.wpw.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister
Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammern des Saarlandes, Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie
Registrierungsnummer: 10000000-00108010000001-47
Postanschrift: Franz-Josef-Röder-Straße 17
Stadt: Saarbrücken

Postleitzahl: 66119

Land, Gliederung (NUTS): Regionalverband Saarbrücken (DEC01)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammern@wirtschaft.saarland.de

Telefon: +49 681 501-4994

Fax: +49 681 501-3506

Internetadresse: <https://www.saarland.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: a49ae5c3-c313-4fd8-9b67-a9a24507b4bc - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 12/07/2024 11:00:15 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 423223-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 136/2024

Datum der Veröffentlichung: 15/07/2024